

Fast 7.000 Unterschriften für Friedensappell in Kamerun

Stuttgart (epd). Einen Aufruf für Frieden und Gerechtigkeit in Kamerun haben bundesweit fast 7.000 Menschen unterschrieben. Bei der Präsentation der Unterschriften am Dienstag in Stuttgart forderte der entwicklungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Christoph Hoffmann, die Bundeskanzlerin dazu auf, Kamerun zu besuchen. Nach Aussagen von Politikern vor Ort könnte das den Dialog der zerstrittenen Parteien in Gang bringen.

In der Unterschriftenaktion wird an die Bundesregierung appelliert, sich für Rechtsstaatlichkeit in Kamerun einzusetzen, und an die Kirchen, dass sie Vertreter von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen des Landes einladen und sich solidarisch mit den Opfern des Konflikts erklärten. Der Aufruf wurde von der Basler Mission Deutschland (BMDZ) gemeinsam mit politischen, kirchlichen, entwicklungsbezogenen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gestartet. Anlass war der Besuch des Rechtsanwalts und Vorsitzenden des Konsortiums der Anglophonen Zivilgesellschaft in Kamerun und des Zentrums für Menschenrechte und Demokratie in Afrika (CHRD) Barrister Nkongho Felix Agbor-Balla. In Kamerun herrscht seit Oktober 2016 eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen dem ehemals britischen Teil des Landes und der französischsprachigen Regierung.

Der FDP-Politiker Hoffmann erinnerte daran, dass Kamerun gleich unter drei Konflikten leide. Neben der Auseinandersetzung zwischen Anglophonen und Frankophonen seien das der Terror von Boko Haram im Norden des Landes sowie Flüchtlingsströme aus der benachbarten Zentralafrikanischen Republik, die ebenfalls unter Krisen leide. Der Stuttgarter CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Kaufmann sagte zu, sich für eine Übergabe der Unterschriften an ein Mitglied der Bundesregierung einzusetzen.

Klaus Rieth, der beim Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Württemberg für Mission und Ökumene zuständig ist, sagte, Kamerun sei das "meistbesuchte Land in Afrika" von württembergischen Kirchenvertretern. Fünf Kirchenbezirke und mindestens zwanzig Kirchengemeinden unterhielten direkte Partnerschaften mit Kirchen des Landes. Die Landeskirche setze sich inzwischen mit einem zweistelligen Millionenbetrag für Friedens- und Demokratieprojekte in instabilen Ländern ein. "Seenotrettung beginnt schon vor Ort", sagte Rieth.

Der Kameruner Joy Alemazung, der für das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit entwicklungsbezogene Bildung in Baden-Württemberg leistet, sieht aufgrund seit Jahren geschlossener Schulen die Zukunft seiner Heimat bedroht. "Wenn Kinder keine Bildung bekommen, ist das Land verdammt", sagte er.

Hintergrund des Konflikts im Westen Kameruns sind Vorwürfe der englischsprachigen Minderheit, nach denen die Regierung einseitig die französischsprachige Mehrheit im Land bevorzugt. Inzwischen sind nach Angaben der Basler Mission eine halbe Million Menschen auf der Flucht, 2.000 wurden getötet. Viele Projekte der deutschen Direktpartnerschaften sind gefährdet. Mindestens 600.000 Jungen und Mädchen können wegen anhaltender Gefechte keine Schule besuchen.